

Kinderarmut mit Familienarmut gleichzusetzen

Kinder- und Jugendarbeit als Ort der Selbstbildung für junge Leute sehen – Nicht kaputtsparen

14
17.10.09

■ SCHWANBERG. Dass Kinder- und Jugendarbeit nichts gegen Kinderarmut direkt tun, aber bei Kinderarmut begleitend einiges leisten und bewirken könne, lautete die zentrale Erkenntnis des 23. Schwanberger Jugendforums vom Kreisjugendring (KJR) am Donnerstag im Saal des Schlosses. KJR-Vorsitzender Ralf Limberg begrüßte zum Vortrag von Dr. Tina Gadow vom Deutschen Jugendinstitut in München zahlreiche Kommunalpolitiker sowie Vertreter von Jugendorganisationen und Sozialverbänden. Die weitgereiste Rednerin referierte zum Thema „Kinderarmut und Lebenlagen – Fakten, Folgen und Auswirkungen“.

Die Referentin betonte, dass bei Armut in Deutschland von einer relativen Armut im Vergleich mit der Dritten Welt zu sprechen ist, liege die weltweite Armutsgrenze doch bei 1,25 US-Dollar pro Tag zum Leben. In der Europäischen Union (EU) sei jedes fünfte bis zehnte Kind unter der Armutsgrenze eingestuft – in verschiedenen Facetten. Dabei sei der Begriff Armut differenziert zu sehen, gelte der Hartz IV-Regelsatz doch als politisch gewollte Armutsgrenze, mit der ein absolutes Existenzminimum festgeschrieben wurde. Dr. Tina Gadow listete unterfränkische Zahlen auf, wonach in 44 Prozent der ALG II-Bedarfsgemeinschaften Kinder betroffen sind. Ein hoher Anteil mit Kindern unterhalb der Armutsgrenzen sei besonders in mittelgroßen Städten anzutreffen. Während die Quote von Arbeitslosen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren im Landkreis nur 3,2 Prozent betrage, liege der Landkreis dagegen weiter vorne bei der Anzahl von Kindern in armen Familien.

„Kinderarmut ist nahezu immer mit Familienarmut oder Frauenarmut gleichzusetzen“, erklärte die Fachfrau vom Deutschen Jugendinstitut in München. Ursachen für die Armut der Kinder seien prekäre Beschäftigungsformen, Arbeitslo-



Landrätin Tamara Bischof (links), Moderator Gerald Möhrlein und Referentin Dr. Tina Gadow diskutieren über das Thema Kinderarmut. Die Teilnehmer des 23. Schwanberger Jugendforums des Kreisjugendrings beleuchten Ursachen, Begleiterscheinungen und Folgen von Kinderarmut. Foto: Heß

sigkeit, Niedriglöhne bei den Eltern und der Rückgang der klassischen „Normalfamilien“. Die Folgen äußern sich in Einschränkungen bei der sozialen Teilhabe, den Beteiligungen und Kompetenzen im Bildungssektor und der gesundheitlichen Chancengleichheit. „Fatal ist, dass es die Kinder bei den Faktoren dann meist gleich mehrfach trifft“, machte die Dozentin deutlich.

Nicht statisch

Armut sei kein statisches Element, sondern bewege sich innerhalb einer Spirale, bei der Kinder schon in Armut aufwachsen und oft nichts anderes kennen lernen würden.

Die Kinder- und Jugendarbeit könne nicht „gegen“, sondern nur „bei“ Kinderarmut etwas erreichen. Nach Ansicht der Dozentin könne nur die Bundespolitik etwas gegen die Kinderarmut tun. Die Kinder- und Jugendarbeit könne zumindest begleitend helfen und vor allem auf der Persönlichkeitsebene ei-

niges beitragen um Kindern und Jugendlichen soziale Kompetenzen zu vermitteln.

Durch freiwilliges Engagement könnten Kinder aus armen Schichten ihr Selbstbewusstsein stärken. Die Kinder- und Jugendarbeit sollte als Ort der Selbstbildung für junge Leute begriffen werden. Die Arbeit in Vereinen, Verbänden und Einrichtungen mit oder für die Jugend gelte als Sozialisierungsquelle. Deswegen forderte der Moderator des Jugendforums, der AWO-Kreisvorsitzende Gerald Möhrlein, dass die Kinder- und Jugendarbeit nicht kaputtgespart werden dürfe, da sie bei Kinder- und Jugendarbeit einiges leiste um die Persönlichkeit der Jugend aufzubauen.

Landtagsgeordneter Dr. Otto Hünnerkopf (CSU) verbesserte die Referentin, denn das Armutsrisiko Nummer eins liege im Migrationshintergrund, danach kämen Kinder von alleinerziehenden Müttern. Landrätin und Bezirksrätin Tamara Bischof unterstrich, dass der Bund weit mehr für von Ar-

mut betroffene Kinder und Familien tun würde als nur den ALG II-Regelsatz zu gewähren. Aus den Erfahrungen der Praxis folgerte Bischof, dass eine blanke Erhöhung der staatlichen Transferleistungen kaum etwas bringe. Den Menschen aus unteren Schichten fehle oftmals auch der Intellekt, um richtig mit Geld umgehen zu können. Vielmehr gelte es Geld- oder Sachleistungen nur für Kinderbedürfnisse zu gewähren. Am meisten würde den Kindern durch Ganztagschulen geholfen, mit Erziehung, dem schulischen Lernen inner- und außerhalb des Unterrichts und geregelten Mahlzeiten. Nur wer speziell auf die Chancen und Entwicklung der Kinder abziele, werde Erfolg haben. Freilich gebe es eine entscheidende Krux: Eine Ganztagschule oder andere Kinderbetreuungsangebote beruhen auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, weswegen die staatlichen Stellen oft keinen Zugang zu den Familien oder Bedarfsgemeinschaften bekommen würden.

Toni Orth, Leiter des Kitzinger Sozialamtes, bezifferte die Bedarfsgemeinschaften im Landkreis auf 1 400, die Hälfte davon mit Kindern. Er bemängelte, dass der Vortrag sich zu sehr auf den monetären Hintergrund konzentriert habe. Orth schilderte, dass es in unteren Schichten oft an der Erziehung, Hygiene und auch bei Vorsorgeuntersuchungen mangle.

Zu spät angefangen

„Ich gebe zu, dass wir zu spät mit Ganztagschulen angefangen haben“, bekannte Dr. Hünnerkopf. Mit dem jetzigen Angebot der Kinderkrippen und Nachmittagsbetreuung sei der Freistaat jetzt in der Lage eine Betreuung über die reine Schulzeit anzubieten. „Sie können als praktische Jugendarbeit schon etwas machen“, ließ Sebastian Braun von der Jugendorganisation des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) einfließen. Die Gewerkschaften verstanden ihre Aufgabe im Sinne der Jugend darin, dafür zu kämpfen, dass sie mit Lehrstellen eine berufliche Perspektive erhalten und danach möglichst in den Betrieben übernommen werden. Braun bezweifelte die von Dr. Tina Gadow genannten Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit. Tamara Bischof pflichtete Braun bei, sie moniere schon geraume Zeit, dass die von der Bundesagentur für Arbeit gelieferten Zahlen die in Qualifikationsjahren „versorgten“ Jugendlichen nicht berücksichtigt würden, die Statistiken daher nicht korrekt seien und der Öffentlichkeit so Sand in die Augen gestreut würde.

„Wir haben uns Hartz IV nicht gewünscht, sondern das wurde uns von der Bundesregierung übergestulpt“, schilderte die Landrätin. Sie gab denjenigen recht, die davon sprächen, dass Bedürftige die ARGE als Anlaufstelle für das ALG II nur ungern besuchen würden, dieser Umstand verstärke das Problem, Kontakt zu bedürftigen Eltern und ihren Kindern zu bekommen. *hh*